

21.09.2024 Rede in Uedem Kalkar,

Dr. Angelika Claussen, Co-Vorsitzende

der Internationalen Ärztinnen und Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs. Die IPPNW fordert konkrete Schritte für Verhandlungen, Abrüstung und Frieden von beiden Seiten im Ukraine -Krieg!

Wir stehen hier in Kalkar /Uedem, der Schalt- und Leitzentrale von NATO und Bundeswehr. Hier steuert die NATO gemeinsam mit der Bundeswehr Kriegshandlungen, mit Weltraumtechnik, Radar, GPS und Nachrichtentechnik. Oder im Kriegsfall Kampfhandlungen mit Drohnen, Kampffjets und auch mit Atombombern.

Im Kriegsfall wäre Kalkar/ Uedem eines der vorrangigen militärischen Angriffsziele.

Wir Ärztinnen und Ärzte sind in großer Sorge.

Weil Bundeskanzler Scholz angekündigt hat, dass ab 2026 US-Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen in Deutschland stationiert werden sollen. So lautet die Vereinbarung zwischen den USA und Deutschland, die am Rande des NATO-Gipfels beschlossen wurde. Diese Waffen sollen zunächst nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Dies ist keine Vereinbarung zwischen der NATO und den USA, sondern ausschließlich zwischen Deutschland und den USA. Noch tragen die Tomahawk-Marschflugkörper konventionelle Gefechtsköpfe, sie können jedoch auch mit atomaren Sprengköpfen ausgestattet werden. **UND:** schon ihre konventionellen Gefechtskörper können aufgrund modernster Technik präzise und mit hoher Sprengkraft ihre Ziele weit in Russland treffen. **Raketen sind Magneten – sie machen Deutschland zu einem strategischen Angriffsziel.**

Wir Ärztinnen und Ärzte sind in großer Sorge. Wir wiederholen es immer und immer wieder:

Aufrüstung mit Mittelstreckenwaffen und erst recht Aufrüstung mit Atomwaffen, machen uns Menschen in Deutschland zum Angriffsziel. Gleichzeitig stellen sie einen weiteren Schritt der Eskalation im Ukrainekrieg dar, der nicht nur zwischen Russland und

der Ukraine geführt wird. Der Ukrainekrieg ist auch jetzt schon ein Krieg zwischen NATO und Russland ist, und das ist brandgefährlich!

Statt US-Raketen in Deutschland zu stationieren, fordern wir, dass sich die Bundesregierung verstärkt für die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen einsetzt!

Die IPPNW(mit anderen) sieht in der **Absage der Stationierung von Mittelstreckenwaffen** einen von den vielen Schritten, den die USA und die Bundesregierung ausloten und anbieten könnten, als Teil einer Verhandlungsmasse im Ukrainekrieg. Die USA und die Bundesrepublik gemeinsam, könnten einen solchen Schritt in Aussicht stellen unter der Bedingung, dass sich Russland im Gegenzug auf das Ende seiner Bombardierungen auf zivile Infrastruktur der Ukraine verpflichtet. Im Vorfeld von Verhandlungen geht es erfahrungsgemäß darum, dass alle beteiligten Seiten konkrete mögliche Schritte benennen, die in den Verhandlungen auf den Tisch komme. Nach Einschätzung der IPPNW und wie der Kanzler es auch gesagt hat sind **Friedensverhandlungen jetzt möglich und nötig!** Natürlich werden sie nicht leicht sein. Natürlich geht es nur, wenn alle beteiligten Seiten Zugeständnisse machen, Zugeständnisse, die weh tun, für alle Seiten. Und natürlich werden die Kriegsbefürworter auf allen Seiten solche Zugeständnisse zunächst als Verrat verunglimpfen, aber das ist zu erwarten wie in anderen Kriegen auch, z.B. im Bosnien-Krieg und im Krieg um Nordirland. Kriegsparteien brauchen den Druck von außen, Seitens der Zivilgesellschaft, der Friedensbewegung, damit das Töten gestoppt wird. **Und auch die Politiker:innen in unserem Land brauchen unsere Stimmen, unsere Forderungen, sonst werden sie – wie bisher – nur auf die Waffenlobby hören.**

Warum ist Abrüstung, warum sind Verhandlungen zu Waffenstillstand und Frieden so wichtig für uns?

Die gegenwärtige Aufrüstungswelle in Deutschland, aber auch in Europa, stiehlt uns die finanziellen Ressourcen, die wir für die Erneuerung von Infrastruktur benötigen, im Bereich Gesundheitswesen, Schulen, Universitäten, Verkehr, Migration und Integration, für die Energiewende und die Klimawende. Kurz gesagt die sozial-ökologische Wende.

Wir brauchen Friedensfähigkeit statt Kriegstauglichkeit.

Ich möchte auf weitere **Gefahren der gegenwärtigen Militarisierung am Beispiel des Gesundheitswesens** deutlich machen, also da, wo ich mich am besten auskenne. Beginnen wir mit Verteidigungsminister Pistorius, der fordert, dass Deutschland, die deutsche Bevölkerung kriegstüchtig werden müsse. Nicht nur die Truppen selbst ist gemeint. Gleichlautend sagen Verteidigungsminister Pistorius und Gesundheitsminister Lauterbach: Auch das Gesundheitssystem müsse für den NATO-Bündnisfall adäquat ausgestattet werden. Deshalb müsse man sich auf die zivil-militärischen Landesverteidigung und auf den NATO-Bündnisfall vorbereiten¹.

Welche Herausforderungen da auf Deutschland zukommen, wurde auf dem Deutschen Chirurgie-Kongress in Leipzig (April 2024) diskutiert. Sollten die NATO-Mitglieder im Ukrainekrieg eingreifen müssen, rechnet das theoretische Szenario damit, dass 1.000 Verletzte pro Tag versorgt werden müssten. Der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), Dietmar Pennig, glaubt, dass derzeit die Bettenzahl auf militärischer Ebene innerhalb von 48 Stunden ausgeschöpft wäre. Innerhalb von zwei Tagen müssten verletzte Soldaten also auch in zivilen Krankenhäusern und Kliniken behandelt werden und, (meine Einfügung) mit besonderen kriegsspezifischen Verletzungen.

Gesundheitsminister Lauterbach sieht **Deutschland als Drehscheibe für deutsche und alliierte Soldaten** in einem solchen Fall. Norbert Weller, Generalstabsarzt der Bundeswehr, sagt, **man stehe auch hier vor einer Zeitenwende**, denn die europäischen Gesundheitssysteme hätten sich in den letzten 30 Jahren nicht mit der Versorgung mehrerer hundert Kriegsverletzter pro Tag beschäftigt.²

Wenn ein solches Szenario Wirklichkeit wird, bedeutet das eine **Triage**. Das meint, angesichts knapper medizinischer Ressourcen müssen die „wichtigsten“ Patienten ausgewählt werden. In Kriegszeiten haben militärische Bedürfnisse immer Vorrang. Also werden zivile Patienten wahrscheinlich hinter militärischen Patienten zurückstehen müssen. Ihre Krankheiten könnten dann u.U. erst später behandelt werden. Gesundheitsminister

¹ <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/interviews/interview/noz-02-03-24>

² <https://www.mdr.de/wissen/medizin-gesundheit/zivil-militaerische-massnahmen-im-nato-buendnisfall-104.html>

Lauterbach hat für den Sommer/Herbst dieses Jahres schon das neue Gesundheitssicherstellungsgesetz angekündigt, die Zeitenwende im Gesundheitswesen.

Machen wir uns klar: **Die Militarisierung des Gesundheitswesens, eine unabdingbare Voraussetzung jeglicher Kriegsführung, insbesondere in einem so dicht besiedelten Gebiet wie Deutschland lockt Angreifer an. Das wird unsere Versorgungsstrukturen verändern- wir befürchten im Zweifelsfall zu Ungunsten der allgemeinen Versorgungsqualität. Krieg wird durch die ständige Vorbereitung und darüber Reden zum "Normalfall des Lebens"** Wir wollen den Widerstand gegen diese Militarisierung jetzt aufbauen. Federführend ist dabei neben der IPPNW ebenso der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, VDÄÄ.

Ergänzend zu dem Protest gegen Mittelstreckenwaffen warnt die IPPNW: Auch wenn im Ukrainekrieg zurzeit noch der zermürbende Stellungskrieg mit konventionellen Waffen im Vordergrund steht.

Mit jeder neuen Eskalationsstufe dieses Krieges wächst die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung. Unsere Mahnung „Wir werden Euch im Falle eines Atomkrieges nicht helfen können“, bleibt von daher unverändert aktuell.

Die Forderung, laufende Kriege wie den Ukrainekrieg und alle anderen Kriege mit Verhandlungen zu beenden, ist somit ein Pfeiler unseres Protestes.

Dazu werden wir am 3.10.2024 in Berlin hoffentlich -einen Gesundheitsblock bilden können. Vielleicht fahren einige von Euch auch nach Berlin und fordern von der Regierung der Aussage jetzt sei es Zeit zu verhandeln, Taten folgen zu lassen

Aber auch jede kleine Meldung, jede Information und Aktion zum Thema, Initiative von vor Ort hilft uns. Wendet Euch an die IPPNW Geschäftsstelle in Berlin, schreibt uns eine Mail. Beteiligt Euch an örtlichen Friedensaktivitäten! Lasst uns gemeinsam den Widerstand gegen die Militarisierung und für den Frieden aufbauen!.